

Niederschrift

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 25.02.2019**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **21:15 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/004/2019**

Anwesend sind:

Stadtvertreter/in

Frau Christine Dyrba
Herr Heinz Gohsmann
Herr Lutz Heinrich
Herr Wolfgang Mieck
Frau Marlies Reimann
Herr Rainer Wilmer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann
Frau Sandy Mandlik
Herr Jörn Pamperin
Frau Dagmar Poltier

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Beate Benz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 5 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 14.01.2019
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 9 Vollzug des Haushaltsplanes
- 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe
- 10 Anfragen
- 11 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 027/19/10
- 12 Wahlwerbung zu den Wahlen am 26.05.2019
- Festlegung der Anzahl der Wahlplakate
Vorlage: 029/19/30
- 21 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 22 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 23 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Mandlik eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Der Hauptausschuss ist mit 7 anwesenden Mitgliedern zu Sitzungsbeginn beschlussfähig.

Frau Christine Dyrba nimmt stellvertretend für Frau Dräger an der Sitzung teil.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Frau Mandlik bitte um Aufnahme von 2 zusätzlichen Tagesordnungspunkten.

Drucksache-Nr.: 036/19/30 als TOP 24 nach TOP 15
Vergabenaachprüfungsverfahren BIG Städtebau GmbH./ Stadt Boizenburg/Elbe
wegen "Ausschreibung Treuhänderische Maßnahmenträgerschaft Sanierung und Erweiterung des GSZ Boizenburg/Elbe

Drucksache-Nr.: 040/19/20 als TOP 25 nach TOP 24
Abschluss eines Auflösungsvertrages

Die Dringlichkeit ist darin begründet, dass beide Angelegenheiten keinen Aufschub dulden, da es sich um Fristangelegenheiten handelt, die in dieser Woche ablaufen.

Die geänderte Tagesordnung lautet wie folgt:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Nicht öffentlicher Teil

- 3 Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Boizenburg/Elbe GmbH; Gespräch mit Herrn Schöttler und Herrn Möller von der VersorgungsBetriebe Elbe GmbH

Öffentlicher Teil

- 4 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 5 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 14.01.2019
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe
- 9 Vollzug des Haushaltsplanes
- 10 Anfragen
- 11 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 027/19/10

- 12 Wahlwerbung zu den Wahlen am 26.05.2019
- Festlegung der Anzahl der Wahlplakate
Vorlage: 029/19/30

Nicht öffentlicher Teil

- 13 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
14 Personalangelegenheit; Jahresurlaub des Bürgermeisters für 2019
Vorlage: 003/19/BM
15 Beendigung eines Arbeitsverhältnisses
Vorlage: 020/19/20
24 Vergabenaachprüfungsverfahren BIG Städtebau GmbH./ Stadt Boizenburg/Elbe
wegen "Ausschreibung Treuhänderische Maßnahmenträgerschaft Sanierung und Erweiterung
des GSZ Boizenburg/Elbe"
Vorlage: 036/19/30
25 Abschluss eines Auflösungsvertrages
Vorlage: 040/19/20
16 Personalangelegenheiten
17 Bericht über den Stand der Stellenbewertung
18 Stand offene Forderungen
19 Terminabsprachen
20 Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

- 21 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
22 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
23 Schließen der Sitzung

Die geänderte Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis von **7:0:0** genehmigt.

zu 4 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Frau Mandlik stellt die Öffentlichkeit wieder her.

zu 5 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 14.01.2019

Herr Mieck verweist auf seine Ausführungen auf Seite 6 der Niederschrift unter dem TOP 12 – Sportanlage an der Fliesenfabrik – und bittet um Korrektur des letzten Absatzes wie folgt:

Herr Mieck spricht sich dafür aus, die Sportanlage an der Fliesenfabrik in den Sportstättenpool mit einzubringen.

Die Niederschrift wird mit der genannten Änderung mit einem Abstimmungsergebnis von **6:0:1 genehmigt.**

zu 6 **Bericht der Verwaltung**

Frau Mandlik teilt mit, dass im Rahmen des Flurneuordnungsverfahrens Schwartow im genehmigten Maßnahmenplan die Maßnahme –Waldweg Schwartow- enthalten ist. Die Gesamtkosten belaufen sich lt. Kostenschätzung 226.560 €. Als Realisierungstermin ist vorgesehen das Jahr 2019. Daraus folgt die Dringlichkeit der Maßnahme und die Verwaltung würde sie in den 1. Nachtragshaushalt 2019 einstellen. Das StALU hat signalisiert, dass Fördermittel von ca. 90% zur Verfügung stünden und abgefordert werden können. Die Verwaltung wird den 1. NHH in der Sitzung der Stadtvertretung am 18.04.2019 zur Beschlussfassung vorlegen.

Zu der für heute zugesagten Übersicht über die mittelbaren und unmittelbaren Leistungen an die SG Aufbau und die SG Motor informiert sie darüber, dass diese Übersicht im Laufe des morgigen Tages übergeben wird.

Frau Poltier berichtet aus dem FB Bau-Ordnung wie folgt:

Im Rahmen des Ausbildungsdienstes der FFW werden am 14.03.2017 die Außendienstmitarbeiter/in aus dem Fahrzeug heraus auf sensible Bereiche der Strecken bei Rettungseinsätzen hingewiesen. Damit wird der Blickwinkel in Bezug auf die Überprüfung des ruhenden Verkehrs geschärft und auf spezielle Bereiche orientiert.

Das **Leistungsverzeichnis zur Ausschreibung der Drehleiter** ist vom Landkreis LUP bestätigt worden. In der 10. Kalenderwoche findet die Abstimmung mit der beauftragten Firma zur EU-weiten Ausschreibung statt.

Zur Grundsanierung Ortsumfahrung Bundesstraße B 5:

Durch die Verwaltung wurde ein Anschreiben an den Leiter des Straßenbauamtes formuliert, das den Fraktionsvorsitzenden zur Unterschrift –wenn Sie es so bestätigen- vorgelegt wird. Frau Poltier verliest sodann das vorbereitete Schreiben, das an den Leiter des Straßenbauamtes gerichtet ist.

Herr Wilmer ist davon ausgegangen, dass es an den zuständigen Minister adressiert ist. Er schlägt vor, die Formulierung –auffordern – zu ersetzen durch: „Wir gehen davon aus...“. Er schlägt außerdem vor, das Schreiben an den zuständigen Minister gerichtet wird. Gegenteilige Auffassungen werden nicht geäußert.

Frau Poltier fährt fort:

Das Straßenbauamt stellt sich gern für Auskünfte in einer Einwohnerversammlung zur Verfügung. Die Verwaltung schlägt vor, diese Veranstaltung vor der Sitzung des ABSVD am 26.03.2019 von 18:30 Uhr bis 19:30 Uhr durchzuführen. Frau Poltier möchte wissen, ob das die Zustimmung der Anwesenden findet, oder ob ein separater Termin dazu stattfinden sollte.

Herr Gohsmann spricht sich für einen separaten Termin aus, da er davon ausgeht, dass die Info-Veranstaltung gut besucht sein wird aufgrund des allgemeinen Interesses.

Herr Wilmer schlägt vor, den Beginn auf 19.00 Uhr zu legen, um auch den Pendlern die

Möglichkeit zu geben, daran teilzunehmen.

Die Verwaltung wird zur Terminierung morgen Vorschläge unterbreiten, so Frau Poltier.

OT Vier - Hangpflege

Die anliegenden Grundstückseigentümer hatten sich mit der Bitte an die Verwaltung gewendet, zur Sicherung des Hanges Gehölzpflegearbeiten durchführen zu dürfen. Dazu war eine Abstimmung mit dem Biosphärenreservatsamt erforderlich. In einem Ortstermin am 19.02.2019 wurde der Umfang der Gehölzpflege im Rahmen von Verkehrssicherungsmaßnahmen zur Abwehr der drohenden Gefahr der Hangdestabilisierung beraten und festgelegt. (Es gibt bereits Erosionsbereiche; die Witterungseinflüsse: langanhaltende Trockenheit und Starkregen können zum Abrutschen von Teilbereichen des Hanges führen.)

Das Biosphärenreservatsamt hat am 19.02.2019 die Genehmigung für die Maßnahme erteilt, die die anliegenden Grundstückseigentümer von einer Fachfirma kostenfrei durchführen lassen bzw. die in diesen Tagen beendet werden. Für die Durchführung gibt es eine Frist bis zum 28.02.2019.

„Mit kühlem Kopf in heiße Zeiten“

Im Zusammenhang mit dem vom Bund geförderten Klimaprojekt hat der Projektträger, die FU Berlin mit den von ihr für das Projekt eingestellten Mitarbeiter/innen am 18. + 19.02.2019 mehrere Interviews mit örtlichen Akteuren zum Hitzesommer 2018 durchgeführt.

Die Mitarbeiter/innen werden in der 11. KW 2019 erneut in Boizenburg sein (11.03.-15.03.2019) um weitere Interviews durchzuführen und mit Akteuren Kontakt aufzunehmen. Sie fragt, ob jemand von den Anwesenden an einem Interview interessiert ist oder Jemanden benennen könnte, der interviewt werden soll?

Frühjahrsputz in Boizenburg

Ein Bürger dieser Stadt hatte sich mit der Idee, privat einen Frühjahrsputz für diese Stadt zu organisieren, an Frau Poltier gewandt, um die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Verwaltung zu erfragen. Er erhielt die Auskunft, dass der Bauhof zum Einsammeln von Müllsäcken an vereinbarten Sammelplätzen zur Verfügung stehen wird. Allerdings sollte seinerseits geprüft werden, ob er genügend Unterstützer findet. Dann sollte der Termin: 30.03.2019 „offiziell“ bestätigt werden. Es scheint, als ob der Bürger gute Unterstützung für seine Initiative erhält.

Erweiterung Regionale Schule „Rudolf Tarnow“ um drei Klassenräume durch Containermodule

Der erforderliche Bauantrag wurde gestellt, es liegen eine Eingangsbestätigung sowie Nachforderungen durch den Landkreis vor.

So war bei der Bauvoranfrage im vergangenen Jahr, als noch von 6 Klassenräumen ausgegangen wurde, ein Sanitärcontainer vorgesehen, der jetzt für drei Klassenräume im Rahmen des Bauantrages nicht beantragt wurde. Dies wird jedoch nun nachgefordert.

Regionale Schule Rudolf Tarnow - Lifteinbau

Am 05.09.2018 war Herr Kokert, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, in der Schule und befasste sich mit der Gesamtsituation sowie der des körperbehinderten Schülers. Im Ergebnis erhielt die Verwaltung den Auftrag, bis zum 20.09.2019 Möglichkeiten und Kosten für einen Treppenlift zu ermitteln. Dies wurde realisiert. Durch Herrn Kokert wurde eine Förderung ermittelt; der erforderliche Fördermittelantrag-Antrag wurde gestellt. Rückfragen seitens des Innenministeriums M-V wurden im ständigen

E-mail-Kontakt mit der zuständigen Bearbeiterin beantwortet. Die Stadtvertretung fasste am 01.11.2018 folgenden Beschluss:

- „ 1. Die Stadtvertretung..... beschließt eine außerplanmäßige investive Auszahlung(Gesamtkosten 50.000,- €). Die Finanzierung bzw. Deckung erfolgt 5.000,- € (*aus dem Haushalt*) und durch Fördermittel des Landes M-V in Höhe von 45.000,- €.
2. Die Stadtvertretung beschließt einen Sperrvermerk für die investive Auszahlung bis zum Eingang des entsprechenden Fördermittelbescheides.“

Mit Datum vom 08.11.2018 erhielt der Bürgermeister eine Bestätigung der CDU-Landtagsfraktion, dass die Förderung für die Maßnahme erfolgen wird; dies ist jedoch kein Fördermittelbescheid, der liegt auch bis heute noch nicht vor.

Durch die Verwaltung wurde inzwischen die erforderliche Abstimmung mit dem Brandschutzprüfer des Landkreis LUP vorgenommen. Es wurden erforderliche Änderungen in der Ausführung besprochen.

Die Firma, die das Angebot vorgelegt hat, wird in der kommenden Woche einen erneuten Orts-termin durchführen, um alle Forderungen in einer Zeichnung darstellen zu können.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Entfällt, da keine Einwohnerinnen/Einwohner anwesend sind.

zu 9 Vollzug des Haushaltsplanes

Es liegt vor der Kennziffernspiegel vom 15.02.2019.

Herr Pamperin führt aus, dass zum Jahresbeginn noch keine umfassende Aussage zur Entwicklung der Kennziffern möglich ist.

Herr Wilmer fragt, wann denn mal mitgeteilt wird, welche Mittel die Verwaltung in den investiven Bereich zu übertragen gedenkt.

Herr Pamperin geht davon aus, dass eine Information dazu am nächsten Montag (04. März) erfolgen kann.

zu 8 Information über Angelegenheiten des Landkreises mit Auswirkungen auf die Stadt Boizenburg/Elbe

Es liegen keine neuen Informationen vor.

zu 10 Anfragen

Frau Mandlik teilt mit, dass bei der Verwaltung eine Einladung für eine Boizenburger Delegation nach Czernik eingegangen ist. Das betrifft den Zeitraum vom 05. bis 08. Juni 2019 und sie fragt, ob der Termin aus Sicht der Hauptausschussmitglieder zeitlich passt. Für diesen Fall würde sie Kontakt mit der Partnerstadt aufnehmen und den Termin bestätigen.

Herr Wilmer möchte wissen, ob der Friedhofsvertrag von der Gegenseite, evang.-lutherische Kirchgemeinde unterzeichnet worden ist.

Laut Frau Poltier ist das noch nicht passiert, es sollte erst die Sitzung des Kirchgemeinderates im März abgewartet werden.

Herr Wilmer hat dem 2. Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes entnommen, dass es regionale Pflegeausschüsse gibt, die von einem Landkreis eingerichtet werden, und dem auch Vertreter kreisangehöriger Gemeinden angehören können. Er fragt, ob die Stadt da möglicherweise ihr Interesse anmelden will.

Frau Mandlik würde Kontakt mit dem Landkreis aufnehmen, um zu erfahren, wie die Vorstellungen hierzu von dort aussehen.

Herr Wilmer führt weiter aus, dass er gelesen hätte über eine 1. Verwaltungsvorschrift zur Änderung der kommunalen Radbaurichtlinie gibt. Hierzu gibt es im Zusammenhang mit einer Förderung eine Ergänzung – Neu- und Ausbau von kommunalen Radwegen, die Bestandteil eines touristischen Radwegekonzeptes sind - .Er fragt, wie die Verwaltung das sieht.

Im Zusammenhang mit einem neuen Erlass zur Vergabe öffentlicher Aufträge wünscht er sich, dass die Verwaltung komprimiert darstellt, was sich für die Stadt durch diesen neuen Erlass ändert.

Er führt dann an einen neuen Durchführungserlass zu § 56 KV (Behandlung von Gemeindevermögen). Nach seinem Dafürhalten sind hier interessante Dinge enthalten zu Ausschreibungsverfahren, Bieterverfahren usw. Er regt an, dass hierzu im ABSVD berichtet bzw. informiert werden sollte.

Nach Herrn Gohsmanns Informationen hat es starke Diskussionen im SKS zum Mietvertrag für die Stadtbibliothek gegeben, zu der er gerne eine Aussage von Herrn Pamperin haben möchte. Bei der Abstimmung zu der entsprechenden Beschlussvorlage haben sich nach seiner Kenntnis alle 7 Mitglieder/sachk. Einwohner enthalten. Im Zuge dieser Diskussion sind wohl außerdem erneut weitere Vorschläge zur Unterbringung der Bibliothek gemacht worden.

Zum Antrag der SG Aufbau in Bezug auf die Mietzahlungen für den Sportplatz an der Fliesenfabrik hat der SKS empfohlen, die Übernahme der Zahlung des Mietzinses durch die Stadt vorerst auf einschließlich August 2019 zu befristen. Dabei wurde davon ausgegangen, dass bis dahin möglicherweise bekannt ist, wie es dort weitergehen kann bzw. wird.

Er führt weiter aus, dass es wohl eine Spaltung innerhalb der Lehrerschaft an der Regionalen Schule „Rudolf Tarnow“ gibt in der Frage des Containeranbaus einschließlich einer Einflussnahme auf die Eltern und Schülerinnen und Schüler. Möglicherweise sollte ein Gespräch mit der Lehrerschaft zum geplanten Containeranbau durchgeführt werden, um hier Klarheit zu schaffen zur Beschlusslage.

Herr Pamperin konnte aufgrund anderweitiger dienstlicher Verpflichtungen nicht an der Sitzung teilnehmen. Er hat keine Kenntnis bzw. Informationen zu Unstimmigkeiten an der Schule.

Herr Wilmer berichtet, dass er von einem Vertreter der SVZ angerufen worden ist in Bezug auf eine Veranstaltung (Tag der offenen Tür), die am Freitag stattgefunden hat in der Regionalen Schule. Er wurde gefragt, wie es sein kann, dass die Stellvertretende Schulleiterin gesagt hätte, dass man an der Schule keine Informationen habe in Sachen Containeranbau. Er ist davon ausgegangen, dass über die Beschlusslage informiert worden ist.

Herr Pamperin ist der Meinung, dass das bekannt sein müsste, woraufhin Herr Gohsmann vorschlägt, das Lehrerkollegium der Schule zu einem Gespräch einzuladen.

Herr Wilmer bittet die Verwaltung dringend darum, dass Beschlüsse, die der Schulträger für seine Schulen fasst, auch offiziell den Schulleitungen mitgeteilt werden.

Frau Reimann weist darauf hin, dass an der Quöbbe eine Eiche steht, die mit enorm viel Totholz belastet ist. Aufgrund der dort häufig parkenden Autos fragt sie, ob der Bauhof das Totholz entfernen kann.

Ihre weitere Frage betrifft die Pacht für die städtischen Garagen. Sie hätte gern eine Auskunft über die Höhe des Stundenlohns für Erhaltungsarbeiten, die die privaten Pächter für an den Garagen ausführen.

Im Zusammenhang mit der Regionalen Schule teilt Herr Heinrich mit, dass im Rundfunksender „Ostsee-Welle“ berichtet worden ist über den geplanten Containeranbau.

Frau Dyrba möchte wissen, wie viele Kinder jetzt von der 4 Klasse in die fünfte Klasse kommen werden. Nach ihrer Kenntnis wechseln 53 Schüler aus der Grundschule „Ludwig Reinhard“ und der Grundschule „An den Eichen“ 69 an die Regionale Schule und noch einige aus Gresse. Insgesamt sind das dann 143 Schülerinnen und Schüler. Nicht bekannt ist ihr, wie viele Abgangsklassen es geben wird in diesem Jahr, die die Zahl der 143 Schüler wieder relativieren würde.

Zu den von Frau Harder (Lehrkraft) in der Sitzung der Stadtvertretung am 14.03.2019 angesprochenen Mängel an der Regionalen Schule wie beispielsweise die defekten Bunsenbrenner im Chemieraum, möchte Herr Mieck gerne wissen, wie hierzu verfahren wird, ob es eine Mängelliste gibt, die abgearbeitet wird etc.

Herr Pamperin erklärt, dass hierfür 50,0 T€ im Haushalt 2019 für den Chemieraum eingestellt worden sind. Insofern kann mit der Abarbeitung bestehender Mängel begonnen werden.

Für Herrn Mieck steht vor allem die Frage im Vordergrund, ob es eine Kommunikation gibt zwischen Verwaltung und Schule zu solchen und anderen Fragen.

Frau Poltier erwidert, dass Ansprechpartner für die Verwaltung der Schulleiter ist, und der sei informiert.

Frau Mandlik merkt dazu an, dass das noch mal mitgeteilt werden sollte.

Herr Wilmer hat den Eindruck, dass offensichtlich die Kommunikation zwischen Schulträger und Schulen verbesserungsbedürftig ist und in der Richtung was passieren muss. In den Fällen, wo andere Personen die Verwaltung um Auskunft ersuchen, könnte man darauf hinweisen, dass der Schulleiter informiert ist und man sich an den Schulleiter wenden möchte, wenn es Fragen dieser Art gibt.

Auf die Anmerkung von Frau Mandlik, dass der Schulleiter offiziell informiert wird von Seiten der Verwaltung und dieser den Auftrag erhält, die entsprechenden Informationen innerhalb seines Hauses weiterzuleiten, erklärt Herr Wilmer, dass er davon ausgeht, dass die Verwaltung den Beschluss der Stadtvertretung zum Containeranbau an der Regionalen Schule angemessen bekanntmacht.

Herr Gohsmann teilt mit, dass auf der Tagesordnung des nächsten ABSVD steht der Punkt

– Aussetzung der Straßenausbaubeiträge - für die Maßnahmen Schillerstraße und Metlitzhof. Der Ausschuss soll dazu eine entsprechende Empfehlung abgeben. Er hat damit ein Problem, solange es keine gesetzlichen Regelungen von Seiten des Landes dazu gibt. Nach seiner Auffassung ist deshalb eine Aussetzung derzeit nicht möglich, zumal sie als Einnahmen im Haushalt veranschlagt sind.

Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung würde Herr Wilmer keine Vorauszahlungsbescheide versenden, um die Verwirrung bei dem Thema und eine Flut an Widersprüchen zu vermeiden.

Aufgrund dessen, dass das Thema schon im letzten Hauptausschuss angesprochen worden ist, hat die Verwaltung laut Frau Mandlik eine entsprechende Vorlage erstellt, die allerdings noch nicht in die Verteilung gegangen ist, um heute noch einmal gemeinsam zu erörtern, ob das eine Berichtsvorlage oder eine Beschlussvorlage sein soll. Sie selbst spricht sich für eine Berichtsvorlage aus zum jetzigen Zeitpunkt, dann kann man sich auch nochmal die Rechtslage genauer ansehen.

Herr Heinrich tendiert eher zu einer Beschlussvorlage, mit der Begründung, dass die Rechtssicherheit gegeben ist und die Straßenausbaubeiträge auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erhoben werden könnten.

Es wird sich darauf verständigt, den vorgesehenen TOP für den nächsten ABSVD in der Angelegenheit vorerst abzusetzen.

zu 11 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 027/19/10

Beschluss: 027/19/10

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der in der Sachdarstellung aufgeführten Spenden in Höhe von 1.019,00 EURO zu.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

zu 12 Wahlwerbung zu den Wahlen am 26.05.2019
- Festlegung der Anzahl der Wahlplakate
Vorlage: 029/19/30

Frau Mandlik führt aus wie folgt:

Der Verwaltung liegen bereits viele Anträge von Wahlvorschlagsträgern für eine Sondernutzungserlaubnis zum Plakatieren vor. Für die Antragsteller ist nicht nachvollziehbar, warum diese noch nicht erteilt wurde. Um nicht den Eindruck zu erwecken, dass die Verwaltung die Anträge nicht bearbeiten will und somit nicht den Vorwurf der Beeinträchtigungen in der Wahlwerbung zu erhalten, schlägt die Verwaltung vor, dass der Hauptausschuss die Entscheidung in seiner Sitzung trifft. Auch die Verwaltung benötigt für die abschließende Bearbeitung der Anträge nach der Entscheidung der Mitglieder des Hauptausschusses einige Zeit (Postzustellung mit PZU).

Für die Wahlen 2019 hatte die Verwaltung 1.000 Plakate an 500 Straßenlampenmasten vorgesehen, davon 350 Plakate für die Europawahl, 350 Plakate für die Kreistagswahl und 300 Plaka-

te für die Wahl der Stadtvertretung. Dies wurde im Bericht der Verwaltung in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.02.2019 vorgetragen. Hier wurde die Anzahl der Plakate für die Wahl der Stadtvertretung als zu gering eingeschätzt.

In den Folgetagen wurde zudem durch eine Fraktion eine abweichende Aufteilung der Gesamtzahlen von Plakaten beantragt.

Die Verwaltung hat sich hierzu mit der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises LUP beraten. Hier wurde empfohlen, für alle Wahlen die gleiche Anzahl von Plakaten zu wählen, um dem Gleichbehandlungsgrundsatz zu entsprechen.

Die Ermittlung der Anzahl der Wahlplakate erfolgt nach den Vorschriften des Parteiengesetzes § 5 –Gleichbehandlung- sowie der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zu den rechtlichen Regelungen zum Wahlkampf (anliegend Auszüge dazu).

Die Verwaltung empfiehlt, der Anzahl der Wahlplakate für die Wahlen wie folgt zuzustimmen:

| | | |
|--------------------------|---|--------------|
| Wahl der Stadtvertretung | - | 350 Plakate |
| Kreistagswahl | - | 350 Plakate |
| Europawahl | - | 350 Plakate. |

Damit würden von den zur Verfügung stehenden 601 Masten der Straßenbeleuchtung 525 Stück in Anspruch genommen. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit (Ablenkung durch Wahlwerbung) sollte die Anzahl der in Anspruch zu nehmenden Straßenbeleuchtungsmaste nicht weiter erhöht werden.

Die Anzahl der Plakate kann durch zusätzliche Wahlvorschlagsträger, die derzeit noch nicht bekannt sind und bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden konnten, geringfügig abweichen.

Beschluss: 029/19/30

Der Hauptausschuss beschließt in seiner Sitzung am 25.02.2019 die Anzahl der Wahlplakate grundlegend wie folgt:

| | | |
|--------------------------|---|--------------|
| Wahl der Stadtvertretung | - | 350 Plakate |
| Kreistagswahl | - | 350 Plakate |
| Europawahl | - | 350 Plakate. |

Die Stadtvertretung genehmigt die Eilentscheidung des Hauptausschusses vom 25.02.2019.

Abstimmungsergebnis: **6:0:1**

Die Sitzung wird für eine Pause von 5 Minuten unterbrochen.

zu 21 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Frau Mandlik stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

**zu 22 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil werden durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende bekanntgegeben.

zu 23 Schließen der Sitzung

Frau Mandlik beendet die Sitzung um 21.15 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.03.19

gez.: Marlis Borries-Dettmann
Protokollführerin